

SÜDKURIER

UKRAINE

Putins Blutspur



Der Kreml bestreitet, für das Massaker von Butscha verantwortlich zu sein. Aber: Dieses Verbrechen folgt einem Muster, das Putins Kriege von Anfang an prägte.

VON DIETER LÖFFLER

Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit, lautet eine alte Erkenntnis. In einer Kleinstadt nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew liegen Hunderte Menschen tot am Straßenrand. Unbewaffnete Zivilisten, kaltblütig ermordet, ihren Mördern wehrlos ausgeliefert. Es ist ein Verbrechen, dessen Dimension den Westen zu einer Antwort zwingt – doch Russland bestreitet, dafür verantwortlich zu sein. Wer aber dann? Die Ukraine etwa, die aus Propagandagründen einen Massenmord inszeniert, wie der Kreml behauptet?

Letzte Gewissheit kann nur eine unabhängige Untersuchung durch internationale Experten bringen. Die Ukrai-

ne hat dies zugesagt – Russland nicht. Aus gutem Grund. Die Indizien, die auf ein von russischen Soldaten verübtes Kriegsverbrechen hindeuten, sind erdrückend. Es gibt Augenzeugenberichte, Recherchen von Reportern und nicht zuletzt Satellitenbilder, die die Rekonstruktion dieser monströsen Tat ermöglichen. Vor allem aber: Dieses Verbrechen fügt sich in ein Muster, das sich seit mehr als 20 Jahren durch Putins Kriege zieht wie eine Blutspur. In den Trümmern von Tschetscheniens Hauptstadt Grosny starben vor zwei Jahrzehnten 150 000 Zivilisten. Auch hier wurden Menschen durch russische Soldaten massakriert. Ähnlich in Aleppo, als die russische Armee in Syrien eingriff, um Diktator Assad zu retten.

Der Westen hat lange darüber hinweggesehen – nach Butscha kann er das nicht mehr. Dieses Verbrechen muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Alles andere verhöhnt die Opfer und verletzt eine Nation, die in einem brutalen Angriffskrieg um ihr Leben kämpft.

MANFRED LUCHA

Hauptsache, es bleibt was hängen



SPD und FDP haben den Gesundheitsminister als Schwachstelle der Koalition ausgemacht. Dennoch werden sie mit der Forderung, ihn zu entlassen, scheitern.

VON MICHAEL SCHWARZ

Steter Tropfen höhlt den Stein. Nach diesem Motto versuchen SPD und FDP im Stuttgarter Landtag nun bereits zum zweiten Mal, die Entlassung von Sozialminister Lucha durchzusetzen. Die beiden Oppositionsfractionen sind zwar beharrlich, ihr Versuch wird aber erneut scheitern – dieses Mal an den Stimmen von Grünen und CDU. Denn es ist eine politische Binsenweisheit: Entlassungsanträge der Opposition schweißen die Regierungsfractionen zusammen.

SPD und FDP wissen das, haben aber Lucha als Schwachstelle in der Koalition ausgemacht. Und sie wissen auch, dass es in den vergangenen zwei Pande-

miejahren viel öffentliche Kritik an den Maßnahmen gegeben hat – auch im Südwesten. Jetzt versuchen sie, den gesamten Frust zu kanalisieren – und wollen Lucha damit dauerhaft unter Druck setzen. Ob er für einzelne Versäumnisse zuständig gewesen ist, spielt für die Opposition keine Rolle. Hauptsache, es bleibt etwas hängen.

Allerdings hat auch Lucha selbst in den vergangenen beiden Jahren immer wieder Fehler gemacht. Dies mag zwar bei der Mammutaufgabe Corona nachvollziehbar sein, trotzdem war die Tragweite der Versäumnisse groß, was zu großer Verärgerung in der Bevölkerung führte. Erinnert sei nur an reihenweise verspätete Corona-Verordnungen – ein Dauerzustand in der Pandemie.

Zuletzt lag Lucha zwar mit seinem Vorstoß, vom Bund den Übergang zur Endemie zu fordern, richtig. Sich jedoch als Minister öffentlich diametral zum Kurs der eigenen Regierung zu positionieren, ist schlicht naiv – und liefert Steilvorlagen für die Opposition.



Der Ukraine-Krieg und die Folgen... MARKUS GROLIK/TOONPOOL



Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Marion Gentges (CDU, l.), Ministerin der Justiz und für Migration in Baden-Württemberg, sprechen beim Besuch der Landeserstaufnahmestelle in Sigmaringen mit einer Familie aus Kiew. BILD: DPA

Ein Herz für Flüchtlinge

- Trotz Stimmungstiefs ist die Hilfsbereitschaft groß
- Gänzlich andere Haltung als bei Flüchtlingswelle



VON ANGELIKA WOHLFROM
angelika.wohlfrom@suedkurier.de



Der Ukraine-Krieg drückt gewaltig auf die Stimmung der Baden-Württemberger. Seit 1949 untersucht das Institut für Demoskopie in Allensbach die bundesweite Stimmungslage. Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derart niedrig wie zurzeit.

Eine Erklärung dafür dürfte sein, dass schon die seit zwei Jahren anhaltende Corona-Pandemie sich negativ auf die Stimmung auswirkte. Mit dem Ausbruch des Krieges, den stark gestiegenen Energiepreisen, der Sorge um die Sicherheit der Energieversorgung und den allgemeinen Inflations Sorgen sei der Zukunftsoptimismus der Bevölkerung vollends eingebrochen, wie das Institut um Leiterin Renate Köcher feststellt. Insbesondere der Krieg in der Ukraine bereitet den Bürgern große Sorgen. Was sich nicht negativ auf die Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen auswirkt – diese ist ausgesprochen groß.

Überhaupt ist die Stimmung gegenüber den aus dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Menschen eine ganz andere als bei der Flüchtlingswelle 2015/16. Gut jeder zweite Baden-Württemberger hält es in der derzeitigen Situation für angebracht, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt wie möglich. Nur eine kleine Minderheit (sechs Prozent) möchte möglichst wenige oder gar keine Flüchtlinge aufnehmen.

Auch im eigenen Haus willkommen

Die persönliche Bereitschaft und Offenheit, selbst Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, scheidet allerdings oft an den räumlichen Gegebenheiten. Von denen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen, wären immerhin 16 Prozent in der Lage, Flüchtlinge bei sich im Haus aufzunehmen, von denen, die zur Miete wohnen, sieben Prozent. Die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen, ist ausgesprochen hoch: Unabhängig davon, ob die räumlichen Bedingungen dies zulassen, wären 44 Prozent der Baden-Württemberger bereit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aufzunehmen, nur jeder Dritte schließt dies kategorisch aus. Von denen, die auch die Möglichkeit hätten, zeigen sich sogar 68 Prozent offen dafür, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen.

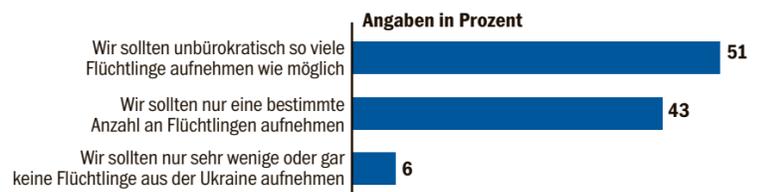
Das lesen Sie zusätzlich online



Eindrücke vom Areal der ehemaligen Bundeswehr-Kaserne in Meßstetten: www.sk.de/11080221

Mehrheit für unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen

Frage: "Viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind ja bereits in Deutschland, mit vielen weiteren wird gerechnet. Wie sollte sich Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verhalten?"



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Nur wenige haben die Möglichkeit, Flüchtlinge aufzunehmen

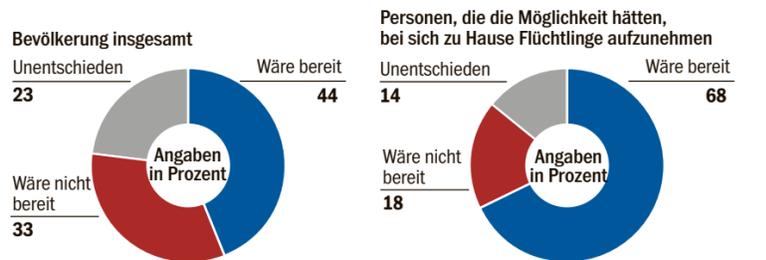
Frage: "Hätten Sie grundsätzlich die Möglichkeit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, oder ginge das bei Ihnen nicht?"



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Grundsätzlich hohe Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen

Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das bei Ihnen möglich wäre oder nicht: Wären Sie grundsätzlich dazu bereit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, oder wären Sie dazu nicht bereit?“



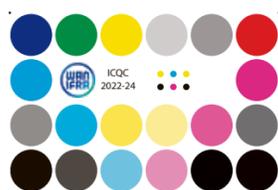
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IfD-UMFRAGE 6164/III / SÜDKURIER-GRAFIK

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020
European Newspaper Award 2011–2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021

Chefredakteur: Stefan Lutz (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)
Leitender Redakteur, Politik und Hintergrund: Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger;
Kultur: Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Vertrieb: Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485
Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail: redaktion@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE3333
Anzeigen und Werbevermarktung:
SK ONE GmbH
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: <https://www.sk-one.de>
Anzeigen: Michael Schmierer (verantwortlich)
Regional: Tobias Gräser, Thomas Sausen



Feldbetten für Flüchtlinge stehen in einer Halle der Messe Stuttgart bereit. BILD: DPA